Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe unverlangter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 17,500.
Abonnementspreis vierteljährlich 4½ Mk.,
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich
die 5spaltige Zeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 337. Sonntag den 3. December 1882. 76. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Oeffentliche Sitzung der Stadtverordneten

Mittwoch, am 6. December 1882, Abends 6½ Uhr, im Saale der I. Bürgerschule.

Tagesordnung:

I. Bericht des Verfassungsausschusses über Feststellung des Stammvermögens-Verzeichnisses.

II. Bericht des Finanzausschusses über: a. Bewilligung einer Garantiesumme zur Abhaltung eines internationalen Maschinenmarktes; b. Herabsetzung des Miethzinses für ein Gewölbe in Sellers Hof.

III. Bericht des Bauausschusses über: a. Nachverwilligung zu Pos. 52 der Bedürfnisse des Conto „Wasserleitung" pro 1882; b. Fortführung des Wasserrohrstranges in der Goblicer Straße bis nach Gohlis; c. Einführung eines 215 mm. weiten Wasserrohrstranges in den Dösener Weg.

IV. Bericht des Bau-, Oekonomie- und Finanzausschusses über Entnahme der Mittel zur Regulirung des Obstmarktes ꝛc. und Herstellung der Hohen Straße von der Geiger'schen Grenze ab bis zum Floßplatz.

V. Bericht des Oekonomieausschusses über: a. Herstellung einer Umhüllung für das Gellert-Denkmal; b. zweigleisige Anlegung der Pferdebahnlinie Leipzig-Thonberg auf dem Tracte des Grimmaischen Steinwegs von der Post bis zur Johanniskirche.

VI. Bericht des Schulausschusses über: a. die Specialbudgets „Thomasschule", „Nicolaischule", „Realschule I. Ordnung", „Realschule II. Ordn.", „Höhere Schule für Mädchen" und „Gewerbeschule" des Haushaltplanes pro 1883; b. die Rückäußerung des Rathes auf die Anträge des Collegiums zur Rechnung der Gewerbeschule für 1880.

Bekanntmachung.

Im Hofe der hiesigen Gasanstalt sollen
am 12. December d. J., Nachmittags 3 Uhr,
ungefähr 70,000 Kilo altes Gußeisen und
3,400 Kilo altes Schmiedeeisen incl. Blechstücke
in zwei unter sich getrennten Partien an den Meistbietenden, jedoch mit Vorbehalt der Auswahl unter den Licitanten, öffentlich versteigert werden.

Die Licitationsbedingungen sind im Bureau der Gasanstalt einzusehen, auch gegen Erlegung der Gebühren daselbst in Abschrift zu erhalten.

Leipzig, den 28. November 1882.

Des Raths Deputation zur Gasanstalt.

Bekanntmachung.

Für die nächste Vorstellung zum Besten des **Theater-Pensions-Fonds**, welche

Mittwoch, den 6. December d. J.

stattfinden soll, ist die Oper „Die Meistersinger" von Richard Wagner gewählt worden. Wir hoffen, daß gerade diese Wahl für das geehrte Publicum ein besonderer Beweggrund sein wird, seine Theilnahme für den gedachten Pensions-Fonds durch recht zahlreichen Besuch der Vorstellung zu beweisen.

Leipzig, den 29. November 1882.

Der Verwaltungs-Ausschuß für den Theater-Pensions-Fonds.

Bekanntmachung.

Wir haben den **Zuschlag** der am 1. d. Mts. **zum Verkauf versteigerten Parzellen Nr. 158, 170 der Flur Gohlis** für die darauf gebotenen Gebote **abzulehnen** beschlossen und **entlassen** in Gemäßheit der Versteigerungsbedingungen die **Bieter** hiermit **ihrer Gebote.**

Leipzig, den 2. December 1882.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Cerutti.

Bekanntmachung.

Von dem unterzeichneten Rathe ist heute Herr
Karl Ernst Christoph
als Vollstreckungsbeamter für die Stadt Leipzig an und in Pflicht genommen worden.

Leipzig, am 1. December 1882.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Dr. Wangemann.

Bekanntmachung.

Montag, den 4. December 1882,
11 Uhr Vormittags,
sollen auf dem Getreidespeicher IV, Lade 10, am Dresdner Bahnhofe allhier

28 Sack Hafer

öffentlich an den Meistbietenden gegen sofortige Baarzahlung versteigert werden.

Leipzig, den 1. December 1882.

Thierbach,
Gerichtsvollzieher.

Bekanntmachung.

Der unter dem 4. August 1882 wider den Oekonomen **Hugo Arndt** aus Chemnitz in Sachsen wegen Diebstahls erlassene Steckbrief ist erledigt.

Rothenburg O/L., den 28. November 1882.

Königliches Amtsgericht.

Nutzholz-Verkaufs-Bekanntmachung.

Am Montag, den 11. December d. J., Vormittags 10 Uhr, soll im Gasthofe zum Waldhaus bei Bahnhof Kohlfurt Termin zu öffentlichen meistbietenden Verkaufe von ca. **5000 Stück** kiefernen und fichtenen Bau- und Schneidehölzern aus den Revieren der städtischen Oberförsterei Kohlfurt.

Kauflustige werden zu diesem Termine mit dem Bemerken eingeladen, daß die Hölzer in 2 bis 7 Kilometer Entfernung von den Stationen Kohlfurt, Neuhammer und Rauscha der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn lagern.

Ueber Verkaufsbedingungen, Waldtaxen, Anfuhr-Verhältnisse u. s. w. giebt das Bureau des Unterzeichneten Auskunft.

Kohlfurt, den 28. November 1882.

Der Oberförster,
gez. Targer.

Nichtamtlicher Theil.

Egypten unter Lord Dufferin.

Wer schnelle und scharf in die Augen springende Erfolge von der Thätigkeit Lord Dufferin's in Kairo erwartet hatte, wird sich enttäuscht fühlen, denn, äußerlich betrachtet, gewähren die Zustände in Egypten heute noch etwa die gleiche Erscheinung, wie vor der Sendung Dufferin's. Wenn man jedoch genauer zusieht, so erkennt man, daß Lord Dufferin schon heute den egyptischen Verhältnissen eine wesentlich veränderte Gestalt gegeben hat, und daß sich zwar nicht plötzlich, aber allmälig große Wandlungen vollzogen haben. Der Umschwung kennzeichnet sich schon durch die Form, in welcher die Nachrichten über Egypten zu uns dringen. Bis zum Eintreffen Dufferin's lag der Schwerpunct der Gewalt in der englischen Besatzung; die Furcht vor dieser hielt die nationalen Leidenschaften nieder, die anderswo in Egypten, wo es an diesem Hafter fehlt, in hellen Flammen emporloderten. Generalconsul Malet war den Schwierigkeiten der Lage nicht gewachsen und außerdem entbehrte seine Stellung der autoritativen Bedeutung, welche dem Botschafter Englands zur Seite steht. Lord Dufferin erweckt bei den Egyptern schon dadurch die Empfindung der Ohnmacht, weil ihm der Ruf vorangeht, daß er den Sultan nach seinem Willen geleitet hat. Hauptsächlich der Klugheit Lord Dufferin's war es zu verdanken, daß die türkische Intervention in Egypten unterblieben ist, und als eine weitere Folge seiner Geschicklichkeit stellt sich die Zurückweisung eines türkischen Abgesandten dar, welcher die Thätigkeit Lord Dufferin's in Kairo beobachtet und auf dieselbe hindernd einwirkt. Dufferin beherrscht die Lage in Egypten gegenwärtig vollständig; die militärische Autorität dient ihm nur als Mittel, um seinen Maßnahmen Nachdruck zu geben, und der Khedive ist an das gebunden, was der Vertreter der englischen Regierung ihm vorschreibt. Dieser Zweck wird aber nicht durch Gewalt, nicht durch schroffes Dareinfahren erreicht, sondern durch diplomatische Feinheit, durch glatte Formen und durch scheinbare Zurückhaltung. England hat eine lange und reiche Erfahrung in dem Verkehr mit fremden Völkern für sich, denen friedliche Unterwerfung angestrebt wurde; das Kaiserthum **Indien** ist ein glänzendes Zeugniß für die Geschicklichkeit **der Engländer** in der Unterwerfung feindlicher Völker und Lord Dufferin ist ein gelehriger Schüler der englischen Regenten Indiens. Die Kunst derselben bestand in der sanften Form ihres Regiments, welches die nationalen Eigenthümlichkeiten schonte und solche Einrichtungen ins Leben rief, welche den Indiern augenscheinlichen Nutzen brachten.

Daß es auf die entsprechende Form ankommt, in welcher sich die Macht Englands dem besiegten Feinde gegenüber geltend macht, dafür ist Baker Pascha der schlagendste Beweis. Sein ganzes Verhalten hat von vornherein den Eindruck der Unfähigkeit, des planlosen Hin- und Herschwankens gemacht. Er glaubte genug gethan zu haben, wenn er eine Anzahl fremder Abenteurer anwarb und sie in die egyptische Armee einreihte; er vergaß aber, daß er dadurch die Egypter verletzte und sie zum Widerstande gegen die Einrichtung von Elementen in die Armee reizte, welche ihrem Wesen fremd und feindlich sind, wie die Albanesen. Andererseits aber versäumte er, sich mit den Regierungen in Verbindung zu setzen, deren Zustimmung nöthig war, wenn Angehörige der betreffenden Staaten in egyptische Dienste treten sollten, wie das der Einspruch der Schweizer Regierung gezeigt hat. Endlich vermaß sich Baker Pascha, in wenigen Wochen 10,000 Mann marschfertig für die Expedition nach dem Sudan zu machen und auch damit blieb er im Rückstande, denn die Truppen meuterten, als sie von Suez abgehen sollten, und desertirten schaarenweise. Einen solchen Organisator der egyptischen Armee konnte England nicht brauchen und deshalb wurde er von der Regierung abgelehnt. Und doch mußte ihm ein Feld der Thätigkeit angewiesen werden, nachdem er mit so viel Geräusch als der Mann, wie ihn England brauche, angepriesen worden war. Lord Dufferin fand den richtigen Ausweg, indem er ihm die Leitung des Gendarmeriecorps übertrug und den Oberbefehl über die egyptische Armee einem englischen General vorbehielt. Die für diese Stellung ausersehene Person ist noch nicht genannt worden, aber es liegt nahe, den Commandeur der Besatzungstruppen für diese schwierige und verantwortliche Stellung auszuwählen, falls er sich während der Zeit der Occupation dazu als geeignet erweist.

Ein zweiter wichtiger Erfolg, welchen Lord Dufferin erreicht hat, ist die schrittweis angebahnte Einflußnahme auf die Aburtheilung Arabi's. Der Fehler, welchen General Wolseley und Malet durch Auslieferung Arabi's an den Khedive begangen hatten, war schwer wieder gut zu machen, denn die Rachegeister, welche in egyptischen Regierungskreisen erwacht waren, ließen sich schwer zum Schweigen bringen. Der Khedive und seine Umgebung hielten nach ihrer Art zu denken und zu empfinden Alles für verloren, wenn der Kopf Arabi's dem Henker vorenthalten wurde; es war also nothwendig, Zeit zu gewinnen, damit die aufgeregten Leidenschaften der Orientalen sich allmälig beruhigten. Dieses Ziel scheint jetzt erreicht zu sein, denn schon seit mehreren Tagen verbreitet sich das bisher nicht als unwahr bezeichnete Gerücht, daß der Proceß gegen Arabi niedergeschlagen und der Angeklagte nach Malta geschafft werden soll. Daß dieses Ergebniß nur der Geschicklichkeit Lord Dufferin's zu verdanken ist, zeigt der ganz veränderte Verlauf des Processes seit dem Tage, an welchem der Abgesandte Englands in Kairo eingetroffen ist.

Wir kommen jetzt zur Hauptsache und diese betrifft die Regelung des Verhältnisses Frankreichs zu Egypten. Auch in dieser heiklen Angelegenheit ist Dufferin mit diplomatischer Vorsicht verfahren und hat einen Weg ausgeklügelt, welcher wahrscheinlich schon zum Ziele geführt hätte, wenn Frankreich eine Regierung im eigentlichen Sinne besäße. Der Stein des Anstoßes, die Finanzcontrole, soll überhaupt beseitigt werden, es soll weder eine Doppelcontrole noch eine einseitige Controle in Zukunft bestehen, sondern die Controle soll von der Staatsschuldencommission unter dem Vorsitz Frankreichs geführt werden, aber alle dabei betheiligten Staaten sollen nur die Rechte ihrer Gläubiger wahrnehmen. Dies ist offenbar die beste und annehmbarste Lösung der Streitfrage, denn sie berücksichtigt die Empfindlichkeit Frankreichs und hält das Recht des Siegers aufrecht. Es ist klar, daß England als Protector und Herrscher Egyptens, um die deutsche Bezeichnung zu wählen, einen französischen Mitregenten in Egypten neben sich nicht dulden kann. Damit jedoch der Schein gewahrt wird, als bestehe der Einfluß Frankreichs in Egypten fort, so wird dieser Macht eine glänzende Stellung, der Vorsitz in der Staatsschuldencommission, übertragen. Duclerc möchte diesen Vorschlag gern acceptiren, denn er sieht ein, daß er größere Zugeständnisse nicht erreichen kann, aber er fürchtet den Zorn der Kammer, welche so leicht nicht zufrieden zu stellen sein dürfte, um so weniger, als die madagassische Angelegenheit nicht nach den Wünschen Frankreichs geregelt worden ist und England an seinen Rechten auf diese Insel festhält. Duclerc hat deshalb die Ausrede ersonnen, daß England die Garantie nennen möge, welche es für die Befriedigung der französischen Gläubiger in Egypten geben wolle. Dadurch ist wenigstens die Möglichkeit von Unterhandlungen geboten, und daß Dufferin dieselben mit gleicher Geschicklichkeit zu Ende führen wird, wie er sie anbahnte, läßt sich nach seinen bisherigen Erfolgen mit Sicherheit erwarten.

Leipzig, 3. December 1882.

* Die Zersetzung innerhalb der Fortschrittspartei macht bedeutende Fortschritte. Man ist zwar von Seiten der Anhänger des Herrn Richter bemüht, die Sache so darzustellen, als ob ein Streit Hänel-Richter nicht existirte und als ob nur abweichende Ansichten in Fragen untergeordneter Natur vorlägen und die officiöse Presse der Partei — denn wie sich Herr Richter so gern als „Kanzler" aufspielt, hat er auch mit den Mitteln der Partei sich eine officiöse Presse geschaffen — giebt täglich Bulletins aus, in denen der wahre Sachverhalt als unwahr dargestellt wird. Doch ist der Riß innerhalb der Partei weit größer, als bisher geahnt und irgendwo verlautbart worden ist.

In Wirklichkeit liegen die Dinge nach den besten Informationen folgendermaßen. Außer daß ein persönlicher Widerwille zwischen den Herren Hänel und Richter vorliegt, außer daß bedeutende sachliche Widersprüche über die Auffassung und taktische Behandlung wichtiger Fragen zwischen den beiden Herren besteht, hat Herr Richter innerhalb der Partei eine Anzahl persönlicher Feinde, welche geradezu bemüht sind, seinen Austritt herbeizuführen. An ihrer Spitze steht Herr Büchtemann; selbst ein kleiner Richter, das heißt, was die Herrschsucht anbelangt, im Uebrigen aber an Vielseitigkeit des Wissens und entschiedener Begabung Herrn Richter durchaus nicht vergleichbar. Doch lechzt der Herr danach, eine größere politische Rolle zu spielen, und sieht Herrn Richter als Hauptbindemiß in seinem Streben an.

Herr Richter hat nun geglaubt, im Reichstage sich die Stellung innerhalb seiner Fraction wieder erobern zu können, welche er im Landtage verloren hat. Indessen ist dazu auch keine Aussicht mehr, und es entwickelte sich bereits während der letzten Sitzung des Abgeordnetenhauses ein dramatisches Intriguenspiel. Die Herren Parisius und Tirschler auf der einen, sowie Herr Büchtemann auf der anderen Seite waren bemüht, Anhänger, wie der studentische Ausdruck lautet, zu „keilen", und es erklärt sich hierdurch auch der eigenthümliche Umstand, daß, während sich an der Berathung des Justizetats alle Parteien ziemlich lebhaft betheiligten, die Mitglieder der Fortschrittspartei schwiegen, weil sie eben mehr im Foyer und Restaurant als im Sitzungssaale zu thun hatten. In gewissem Sinne hat also die „Fortschrittliche Correspondenz" recht. Es existirt nicht nur die Differenz Richter-Hänel, sondern auch der Kampf Richter-Büchtemann und außerdem halten sich noch eine Anzahl fortschrittlicher Größen — und nicht zuletzt Herr Ludwig Löwe — für geborene „Führer". Und daran wird die Partei, wenn man der geringen Anzahl der Mitglieder von einer solchen überhaupt noch reden darf, schließlich zu Grunde gehen. Es sind lauter „Führer", doch fehlt die Armee; alle wollen befehlen, Niemand gehorchen; das Interesse für privaten Einfluß und ehrgeizige Gelüste überwiegen über die selbstlose Hingebung für das Vaterland und lassen die großen Ziele des ruhigen und gemäßigten Liberalismus, die Pflichten, welche der nationale Gedanke auferlegt, völlig aus den Augen verlieren.

Wir würden es darum nur als einen Segen für Preußen und für Deutschland bezeichnen können, wenn diese Zustände recht bald dahin führen, wohin sie consequenter Weise führen müssen: zur völligen Auflösung der Fortschrittspartei. Der Radicalismus hat nach den großen Erfolgen der letzten Kriege keinen Platz innerhalb der liberalen Partei und darf keinen Platz in ihr finden. Mögen diese der Einheit und Einigkeit der großen liberalen Partei schädlichen Elemente weiter nach links abfallen, wohin sie gehören, und dann werden wir bald wieder die große und starke liberale Partei an ihrem Platze sehen, welche in Wirklichkeit den Kern des deutschen Bürgerthums vertritt, und welche die Kraft hat, einem Staatsmanne von der Größe des Fürsten Bismarck allein zu imponiren. Wenn das deutsche Volk erst dahin gelangt sein wird, daß es sich von den radicalen Schwärmereien und der Oppositionslust eines Eugen Richter, sowie dem wenig staatsmännischen Doctrinarismus eines Virchow völlig losgesagt hat, um der weisen Führung eines ebenso liberalen wie nationalen Staatsmannes wie Rudolf v. Bennigsen zu folgen, dann wird das an die Wand gemalte Gespenst der conservativ-klerikalen Coalition sofort beseitigt sein und, wie wir überzeugt sind, nicht zum Mindesten zur großen Genugthuung des großen deutschen Kanzlers.

* Daß die beiden Etats für 1883/84, 1884/85 dem Reichstage zu gleicher Zeit vorgelegt würden, hat bis vor 14 Tagen kein Politiker ebensowohl innerhalb der liberalen wie der conservativen Partei vermuthet, wenn sich auch die „Kreuzzeitung" ein gegentheiliges Ansehen zu geben bemüht ist. Es ist allerdings richtig, daß dieses Blatt auch im vorigen Jahre die Auffassung vertreten hat, daß der Wortlaut der Reichsverfassung dem nicht entgegenstehe, daß die Berathung des Etats für zwei Jahre zu gleicher Zeit erfolge. So sehr wir indessen die Unbequemlichkeiten und Schwierigkeiten des Zusammentagens der Einzel-Landtage mit dem Reichstage zu würdigen wissen, so wenig vermögen wir der juristischen Auffassung des conservativen Blattes zu folgen. Das Wort soll nicht blos ein leerer Schall sein, und nicht blos nach dem Wortlaut, sondern auch nach dem Sinne der Verfassungsartikel, wie ihn der gesunde Menschenverstand herauslieest und wie der Gesetzgeber ihn in die Verfassung gelegt wissen wollte, haben wir uns zu richten; und wenn die Verfassung besagt, daß für jedes Jahr die Etatsaufstellung zu erfolgen hat, so ist sicherlich gemeint gewesen, daß sie auch in jedem Jahre zu erfolgen habe, und wir sind der festen Ueberzeugung, daß sowohl die Mitglieder des Reichstags als auch die Bevollmächtigten zum Bundesrath, welche seiner Zeit die Verfassung beschlossen haben, würden sie heute auf Ehr und Gewissen befragt, zugeben müßten, daß sie den Artikel 69 damals nicht anders interpretirt haben, als wir es heute thun. Es versteht sich von selbst, daß alle Liberalen gegen die Zusammenberathung stimmen werden. Die Conservativen werden durchaus nicht alle für das Eingehen auf den Regierungsvorschlag sein. Das Centrum ist wieder unberechenbar und dürfte leider diesmal wieder den Ausschlag geben. So einfach, wie die „Kreuzzeitung" es darzustellen beliebt, wird die Sache allerdings nicht werden, da das Anleihegesetz und das Gesetz über den ganzen Etat für beide Jahre in einem Entwurfe erscheint. Indessen werden bereits von der liberalen Vereinigung die nöthigen Anträge vorbereitet, um diesen Entwurf so zu amendiren, daß er nur auf ein Etatsjahr sich bezieht. An der Annahme dieser Vorschläge durch die beiden anderen liberalen Fractionen ist nicht zu zweifeln.

* Die Angelegenheit des Bremer Zollanschlusses scheint neuerdings, nachdem sie ungewöhnlich lange geruht, wieder in Fluß kommen zu sollen, und zwar liegt Grund zu der Annahme vor, daß es diesmal die preußische Regierung ist, welche den ersten Anstoß zur Aufnahme der Verhandlungen gegeben. Man erinnert sich, daß die letzteren der etwa Jahresfrist unter ganz ungenügenden Vorwänden vom Finanzminister a. D. Herrn Bitter abgebrochen worden waren, trotzdem die Vertreter Bremens, die sich damals in Berlin befanden, ihre, durch das warnende Beispiel Hamburgs noch gesteigerte Bereitwilligkeit kund gegeben hatten, den preußischen Wünschen möglichst entgegen zu kommen. In engeren Cirkeln freilich kennt man recht wohl die Motive, die in jenen Tagen der Vorbereitung und der Vorarbeiten für das Tabakmonopol beim Fürsten Bismarck die maßgebenden rücksichtlich der Zollanschlußfrage waren: die üble Behandlung, welche die Hansestädte im Monopolentwurf fanden, sollte ein Compensationsobject schaffen, auf welches gestützt dann der Reichskanzler in der Lage gewesen wäre, Bremen schärfere Zollanschlußbedingungen unter gleichzeitigem Nachlassen der Maßregeln zu dictiren, welche den bremischen Tabakhandel (immer im Sinne der Monopolvorlage gesprochen) ganz à discretion der Reichsregierung gestellt hätten. Dieser Plan ist nun zu Wasser geworden, und es läge danach gar kein Grund für den Fürsten Bismarck vor, die Zollanschlußfrage auch ferner hinzuziehen, wenn anders er überhaupt, was man doch annehmen muß, an derselben ein ernsthaftes Interesse hat. In der That hören wir nun auch, daß der Wiederbeginn der Bundesrathssession den äußeren Anlaß gegeben habe, der Angelegenheit erneut näher zu treten, oder vielmehr die vor einem Jahre fallen gelassenen und nicht abgerissenen Fäden wieder aufzunehmen. In welcher speciellen Richtung sich diese Parlaiers bewegen, ja ob sie überhaupt bisher über unverbindliche Privatunterredungen hinausgeblieben sind, möchten wir nicht festzustellen wagen. Erinnert man sich aber, daß einer der Hauptdifferenzpuncte der früheren Verhandlungen die Frage der Vertiefung der Unterweser und die betreffende pro rata-Beisteuer vom Reich und von Bremen war, so liest man mit erhöhtem Interesse ein officiöses Entrefilet, welches aber jetzt die „N. A. Z." über diese specielle Frage bringt. Dasselbe lautet folgendermaßen: „Wie wir erfahren, ist von der Bremer Regierung der Plan zur Correction des unteren Weserlaufes fertig gestellt. Nach demselben soll die Weser bis Bremen für Kriegsschiffe fahrbar werden, mithin von der bisherigen Tiefe von 6—7 auf 16—18 Fuß gebracht werden. Die Kosten für die Vertiefung des Flußbettes und das Abschneiden der großen Krümmung, um die Fluthwelle zu zwingen, höher hinaufzugehen, werden auf 30,000,000 ℳ geschätzt, die zur Hälfte von Bremen gezahlt, zur Hälfte vom deutschen Reiche übernommen werden sollen. Falls Letzteres Anstand nimmt, zu participiren, so soll man in Bremer Regierungskreisen mit der Absicht umgehen, allein das Project zur Durchführung zu bringen." Die Notiz macht in ihrer gesuchten Kühle den Eindruck, oder kann ihn wenigstens machen, als ob Alles noch in der Schwebe sei, ja als ob die Correction der Unterweser mit dem Zollanschluß gar nichts zu thun hätte. Die erstere der beiden Möglichkeiten mag nun freilich zutreffen, aber den Zusammenhang der officiös in den Vordergrund geschobenen Frage mit derjenigen des Zollanschlusses wird wohl nur Jemand leugnen können, der nicht die Kunst versteht, zwischen den officiösen Zeilen zu lesen.

* Das preußische Abgeordnetenhaus setzte am Freitag die Berathung des Justizetats fort. Abg. Bachem griff den Reichstagsverhandlungen vor, indem er für eine Entschädigung unschuldig Verurtheilter eintrat; in der wachsenden Zahl der Meineidsfälle und Sittlichkeitsverbrechen erkannte der klerikale Redner eine Folge der sittenverderbenden Mißgesetzgebung. Justizminister Friedberg erklärte, er sei kein Freund einer gesetzlichen Verpflichtung zur Entschädigung unschuldig Verurtheilter, er glaube indessen, daß die Frage im Reiche in einer seiner eigenen Ansicht widersprechenden Weise werde entschieden werden. Die Behauptung, daß eine Zunahme der Sittlichkeitsverbrechen stattgefunden habe, sei unrichtig, dieselben hätten vielmehr abgenommen. Die Zahl der Meineide habe sich allerdings vermehrt, wozu die weniger feierliche Form der Eidesabnahme beigetragen haben möge. Abg. Bierling sprach den Wunsch aus, den Juristen möchte das Militairdienstjahr bei der Amtszeit mitgerechnet werden. Auch Abg. Windthorst unterstützte diesen Wunsch und verbreitete sich über die Ursachen der Vermehrung der Meineide. Ferner tadelte er die Praxis, die jungen Richter mit Vorliebe in Gegenden zu senden, deren Sprache sie nicht kennten. Dagegen erklärte der Justizminister das „juristische Autochthonenthum" für höchst bedenklich. Die ziemlich in die Länge gehende Debatte erstreckte sich weiter auf die Frage der Wiedereinführung der Berufung, die Höhe der Gerichtskosten, Aenderung des juristischen Prüfungswesens u. A. Alsdann erstattete der Minister von Puttkamer Bericht über seine Reise nach dem Rhein und schilderte die ungeheuren Schäden, deren Heilung ein Zusammenwirken von Staat, Provinz, Gemeinden und Privaten nöthig mache; dem Abgeordnetenhause werde bald eine bezügliche Vorlage zugehen. Ohne erhebliche Debatte wurde alsdann noch der Etat des Finanzministeriums erledigt. Nächste Sitzung Montag (Fortsetzung der Etatsberathung).

SLUB
Wir führen Wissen.